

Bundesregierung muss handeln – Konzepte gegen Armut umsetzen

Zum heute veröffentlichten Armuts- und Reichtumsbericht erklärt die sozialpolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, **Angelika Birk**:

Jetzt hat es Bundesarbeitsminister Scholz schwarz auf weiß. Die ersten Ergebnisse des Armuts- und Reichtumsberichtes sagen es deutlich: Die Gesellschaft driftet auseinander. Arm und Reich in Deutschland nehmen zu. Die Mittelschicht hat berechtigte Angst vor dem Abstieg. Kinder sind das Armutsrisiko Nummer eins – insbesondere für Alleinerziehende.

Die Bundesregierung muss endlich Handeln. Ein Konzept zur Armutsbekämpfung duldet keinen Aufschub, konkrete Maßnahmen zur Armutsbekämpfung müssen jetzt umgesetzt werden. Wir Grüne haben hierfür längst Vorschläge gemacht, die auch ExpertInnen unterstützen:

- > Anhebung des Regelsatzes bei Arbeitslosengeld, Sozialhilfe und Grundsicherung auf das soziokulturelle Existenzminimum von 420 Euro,
- > Einführung einer bedarfsgerechten Kindergrundsicherung,
- > Einführung eines einheitlichen gesetzlich festgelegten Mindestlohns.

Auf Landesebene ist der gerechte und tatsächlich kostenlose Zugang zu Bildung der Schlüssel, um Arm und Reich nicht weiter auseinander driften zu lassen. Allerdings tut sich die große Koalition im Land genauso schwer damit wie die große Koalition in Berlin.
